

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Wesenspreis: Vierteljährlich 2,70 Mark, bei Zustellung durch die Posten 3.— Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. ungewöhnlicher Störungen des Postverkehrs der Postämter, der Eisenbahnen od. d. Fernsprechanlagen) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die Kleingeldspalten Zeile oder deren Raum wird mit 25 Hg., auf der ersten Seite mit 75 Hg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachbesserung, wenn der Anzeigen-Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Verantwortlich: Amt Herrmsdorf b. Dr. Nr. 31. Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Kühle, Groß-Okrilla.

Nummer 14 Mittwoch, den 4. Februar 1920 19. Jahrgang

Neuestes vom Tage.

Die Auslieferungslisten, die in den Berliner Zeitungen veröffentlicht werden, sind durchaus unauthentisch. Die Regierung weiß amtlich noch nichts von ihnen. Ihr Zweck ist lediglich in Deutschland Beunruhigung hervorzuheben.

Durch Verfügung des Obersten Verwalters des Saargebietes wird der sogenannte Saarstaat als tatsächlich bestehend erklärt. Die Saarzeitungen veröffentlichen in den letzten Tagen eine Reihe von lediglich für den Saarstaat geltenden Verfügungen der französischen Oberverwaltung, darunter die Anwendungsbedingungen des französischen Zollwesens.

Ueber die Zustände in Nordfrankreich berichtet ein Mitarbeiter der „B. Z.“ aus Halle, der jetzt aus französischer Kriegsgefangenschaft in der Nähe von Reims in die Heimat zurückkehrt. Nach seinen Angaben über das Beldruais-Gebiet hat sich dort in den 14 Monaten seit dem Waffenstillstand kaum etwas geändert. Noch immer liegen die Häuser zusammengekauert da. Stacheldraht und Minen liegen auf den Feldern. Man hat uns Kriegsgefangene, so heißt es in dem Bericht, zurückgeschickt, damit wir das zerstörte Gebiet wieder aufbauen. 450.000 junge Menschen haben 14 Monate lang arbeiten, schuften müssen — kein Lohn und abends 8 Uhr zurück, und doch hat sich im zerstörten Gebiete keine Änderung vollzogen, weil die Organisation vollständig verfaßt.

Der Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten mit dem Sitz in Berlin hatte für Sonntag vormittag einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Stellungnahme zur Arbeiterüberlegung im ganzen Reiche, falls bis zum Zusammentritt des Verbandstages die Forderungen der Arbeiter von der Regierung nicht genehmigt sind. Es wurde ein Schreiben des Reichspostministeriums vom 15. Januar verlesen, worin die Regierung sich bereit erklärte, die Löhne der Telegraphenarbeiter in der Form zu erhöhen, daß nicht nur der Anfangslohn, sondern sämtliche Lohnstufen erhöht werden. Der Reichspostminister verpflichtete sich, dafür einzutreten, daß die vom 1. Dezember ab bewilligten Lohnzuschläge um 25 Prozent nachträglich auf sämtliche Lohnstufen ausgedehnt wird, die Dienstalter-Zulage demgemäß von 40 auf 50 Prozent erhöht, und daß ferner die Löhne und Zulagezulagen der Telegraphenarbeiter vom 1. Januar 1920 ab nochmals um denselben Betrag erhöht werden, um den sie am 1. Dezember vorigen Jahres erhöht worden sind. Am Sonnabendabend fand eine Vorstandssitzung statt, in der eine Benachrichtigung des Reichspostministeriums eintraf, daß der Reichsfinanzminister sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt habe unter der Voraussetzung, daß die Löhne keinesfalls über den Rahmen der in diesen Tagen von dem Minister der öffentlichen Arbeiten mit den Eisenbahnangehörigen vereinbarten Sätzen hinausgehen. Soweit sich die Stimmung der Delegierten bis jetzt übersehen läßt, kann erwartet werden, daß ein Streik und damit eine neue schwere Schädigung unseres Wirtschaftslebens vermieden werden wird.

Vant Mittelung, der Deutschen Bank, Berlin, sind bei ihrem Druck ihre Scheckformulare Nr. 3350050 bis 80, 3340050 bis 80, 3345050 bis 80 und 3350050 bis 80, insgesamt 124 Stück, gestohlen worden und anscheinend sämtlich mit gefälschter Ausstellung der Deutschen Bank, Filiale Rattowitz, im Umlauf gesetzt worden. Vor Ankauf bezw. Bewerbsauftrag dieser Schecks wird gewarnt.

In London ist die Meldung eingetroffen, daß in Finnland ein neuer Aufstand ausgebrochen ist.

In einer Unterredung mit dem Berichterstatter der „Daily News“ erklärte Herr v. Gwinnet von der Deutschen Bank, die deutsche Regierung werde wegen der Ausgabe von Papiergeld getabelt. Es ließe ihr jedoch gar nichts anderes übrig. Die französische Regierung tue genau daselbe und seiner Ansicht nach zirkuliere in Frankreich, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, mehr Papiergeld als in Deutschland. Wenn der gesamte deutsche Kredit erst zusammenbräche, würden auch die anderen Länder Europas dem Zusammenbruch nicht entgehen. Der Zusammenbruch Deutschlands sei auch der Zusammenbruch Frankreichs und ganz Europas.

Die „Nationalzeitung“ meldet aus Washington, daß das neue Antikommunistengesetz in der Union ungemein populär sei. Die Regierung setze die Todesstrafe jetzt für alle

diesjenigen, die sich an einem bewaffneten Aufstand beteiligen, durch den Vertreter der Staatsgewalt ums Leben kommen. Aus Chicago wird gemeldet: Die Kommunistin Rose Pastor-Stodest und mit ihr 84 andere Kommunisten wurden wegen Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten verhaftet. Die „Daily Mail“ meldet aus Bombay: Die indischen Häfen wurden militärischer Kontrolle unterstellt, um den Einzug unerwünschter Elemente fernzuhalten. Auch die Grenze gegen Afghanistan wurde aus den gleichen Gründen gesperrt. Im Lande herrscht Ruhe.

Vertisches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 5. Februar 1920.

Der sächsische Landeslebensmittelamt wird mitgeteilt, daß tatsächlich ab 9. Februar die Brotration herabgesetzt, und zwar werden von dieser Zeit ab statt täglich 260 Gramm Mehl für den Kopf der Bevölkerung nur 200 Gramm Mehl verteilt werden, sonst würde sich die Wochentration auf 1400 Gramm Mehl oder 1900 Gramm Brot für den Kopf der Bevölkerung stellen. Das sächsische Landeslebensmittelamt wird versuchen, bis auf weiteres wöchentlich 4 Pfund Brot auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung zu bringen.

Am 29. Januar fanden in Dresden zwischen dem Landesverband der sächsischen Zieglereien und den Arbeitnehmerorganisationen unter Mitwirkung des deutschen Industrie-Schutzverbandes Besprechungen wegen Abschluß eines einheitlichen Tarifvertrages für ganz Sachsen statt. Bedauerlicherweise führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, da der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Bau 7 (Sachsen) es ablehnte, einen detaillierten Vertrag in Gemeinschaft mit dem Zentralverband sächsischer Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin (Gewerksverein deutscher Ziegler, Sitz Saaga i. L.) einzugehen solange dieser in seiner Finanzierung dem Gewerksverein deutscher Ziegler, besonders anführt. Da stundenlange Ausgleichsverhandlungen zu keiner Einigung führten, mußten die Verhandlungen schließlich abgebrochen bzw. auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Es ist tief bedauerlich, daß durch die Stellungnahme des Gewerks 7 des Fabrikarbeiter-Vereins über die für Arbeitgeber wie insbesondere auch für die Arbeitnehmer so wichtige Lohnregelung zunächst verteuert worden ist.

Die Finanzlage Sachsens ist außerordentlich trübe. Der ungedeckte Fehlbetrag für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 1. März 1920 beläuft sich auf über 818 Mill. Mark. Die Staatsschulden, die vor dem Kriegsausbruch 870 Mill. Mark betragen, hatten Anfang Januar 1920 bereits die Summe von 1 1/2 Milliarden Mark überschritten. Sie werden sich bis Ende März 1920 bis auf mindestens 1650 Mill. Mark erhöhen. Davon sind rund 650 Mill. Mark ungedeckte Schulden. Für den 1. April stehen infolge der Besoldungsreform neue beträchtliche Mehrausgaben bevor. Die sächsische Regierung will die Eisenbahnen nur gegen Übernahme der sächsischen Schulden ablassen. Auch verlangt die sächsische Regierung Bürgschaften dafür, daß die sächsischen Verkehrsverhältnisse genügend berücksichtigt und den sächsischen Fabrikanten ein entsprechender Anteil an den Aufträgen der Eisenbahnverwaltung gegeben wird.

Der Finanzausschuß B der sächsischen Volkstammer der in der Hauptsache die Eisenbahnfragen behandelt, beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einem von dem Abgeordneten Hofmann (Deutschn.) erneut aufgetragenen Plan, die drei Bahnstrecken Rügen—Gefing—Athenberg, Gainsberg—Schmiedeberg und Dittmannsdorf—Klingenberg, Gollwitz—Frauenstein bis Moldau weiterzuführen und dort einen Umladebahnhof im Anschluß an die Baglinie Tepitz-Moldau zu errichten. Wahrscheinlich wird der Ausschuss einen entsprechenden Antrag schon im nächsten Monat der Volkstammer unterbreiten.

Der Waldbesitz Sachsens ist nicht nur durch seine sachverhältnisse selbstverursachte Pflege, sondern auch die veränderten Zeit- und Geldverhältnisse von Jahr zu Jahr im Werte gesunken. Die Staatswaldungen gliedern sich in neun Forstbezirke und 107 Reviere mit einer Gesamtfläche von 180.926 Hektar. Der umfangreichste Forstbezirk ist der Auerbacher mit 25.208 Hektar, die sich auf 14 Reviere verteilen. Die Zahl der Beamten in den sächsischen Forstbezirken betrug im verfloffenen Berichtsjahr nahezu 700.

Lausa. Herr Gemeindevorstand Grünwald verläßt am 1. April unsere Gemeinde, die er seit 1914 tatkräftig und umsichtig leitet, und geht in gleiche Stellung nach

Clausnitz (Amtshauptmannschaft Chemnitz). Herr Kassierer Ernst dürfte zu seinem Nachfolger gewählt werden.

Dresden. Ein schweres, bereits im Juni vorigen Jahres verübtes Verbrechen ist jetzt aufgeklärt worden. Im Hause Grunaer Straße Nr. 45 wohnten der Schneider und Produktenhändler Schulze mit seiner am 13. Juni 1875 in Nieses geborenen Ehefrau Franziska geb. Marx. Seit dem 22. Juni 1919 ist die Schulze nicht mehr gesehen worden. Auf wiederholte Nachfrage seitens ihrer Angehörigen erklärte ihr Gemann, seine Ehefrau sei verreckt. Sie ginge ihrem Gewerbe als Wäsche nach. Um Nachforschungen zu vermeiden, hat Schulze seine Ehefrau polizeilich nicht abgemeldet und auch die Lebensmittelkarten für sie weiterbezogen. Am 31. Januar d. J. ist schließlich von den Angehörigen bei der Kriminalpolizei Anzeige erstattet worden. Dieser hat nach seiner Festnahme schließlich zugegeben, seiner Ehefrau in der Nacht zum 23. Juni v. J. nach einem vorausgegangenen Streit mit der Frau einen derartig heftigen Schlag in die Wangengegend versetzt zu haben, daß sie zusammengebrochen sei. Am nächsten Morgen will er sie tot aufgefunden haben. Schulze gibt weiter zu, er habe die Leiche in einen Sack gesteckt und in der Nacht zum 25. Juni von der Albertbrücke aus in die Elbe geworfen. Der Leichnam ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. Inwieweit sich die letzteren Angaben bewahrheiten, muß noch nachgeprüft werden.

Pulsnitz. Am 27. Januar wurden auf dem hiesigen Bahnhof 2 Htr. Zucker beschlagnahmt, welche eine auswärts wohnhafte Reisende an hiesige Geschäftsleute verkaufen wollte.

Baunzen. Scharf kritisiert wurde in der letzten Sitzung der Stadtverordneten die Tatsache, daß in der Stadt sämtliche Badegelegheiten geschlossen sind, angeblich aus Kohlenmangel, während Kinos, Tanzsäle und andere Vergnügungsorte überheizt wären.

Beschlagnahmt wurde im Gasthof „Zum weißen Kopf“ hier, der bekanntlich vom Wendischen Verein angekauft worden ist, ein ganzer Wagen weißes Weizenmehl, der mit 57 Sack beladen war.

Freiberg. Zwei amerikanische Bürger aus San Francisco bezw. Kolumbia, die früher an der hiesigen Bergakademie studiert haben, spendeten, der erstere für die Freiburger Armen, der zweite für arme Freiburger Kinder, namhafte Geldunterstützungen.

Hohenstein-Ernstthal. Gelegentlich der letzten Tarifverhandlungen in der Textilindustrie wurden Arbeitern tägliche Zulagen von 5—8 Mark gewährt, die Beschäftigten beifällig jedoch abgelehnt. Nunmehr sind die Arbeitnehmer erneut um Bewilligung derselben vorstellig geworden. Bei Ablehnung soll Mittwoch in den Streik getreten werden.

Mylau. In der hiesigen Honigzentrale ist ein Jucherdiebstahl ausgeführt worden. Die Diebe hatten aus einem verschlossenen Eisenbahnwagen sechs Zentner Zucker gestohlen und versteckt. Der Fabrikwächter hatte die Diebe, als sie die gestohlenen Sachen fortzuschaffen wollten, belauscht, leider entkamen sie unerkannt. Durch die angestellten Erörterungen wurden die Spitzbuben in mehreren in Reichendach wohnhaften jungen Leuten ermittelt.

Leipzig. Sechs Stangen Gold im Werte von 12000 Mark hatte der Goldarbeiter Oskar Erich Fröhlich seinem Arbeitgeber, dem Juwelier K., gestohlen und sie für 2700 Mark an jüdische Händler verkauft. Mit dem Erlös machte er eine Bergnügungstour nach Hamburg und brachte in den sechs Tagen das ganze Geld durch. Das hiesige Landgericht verurteilte den jungen Mann, der wegen Diebstahls schon vorbestraft ist, zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.

Annaberg. Eine eigenartige Belohnung für fleißige Kirchgänger. In dem erzgebirgischen Dorfe Rahnhaide wurde nach einer Meldung des „Annab. Wochenbl.“ einer großen Anzahl Gemeindeglieder unverhoffte Freude dadurch zuteil, daß an fleißige Kirchgänger auf dem Pfarramt unentgeltlich Heringe verteilt wurden.

Zwickau. In einem Kohlensticht im Stadtteil Reudisfel wurden während der Nachtschicht drei Bergleute durch niedergegehendes Dachgebirge verschüttet. Erst nach längerer Arbeit konnten sie geborgen werden. Der Bergarbeiter Martin Bepold aus Stamm, 30 Jahre alt und verheiratet, und der 18 jährige Bergarbeiter Karl Hofmann aus Stamm, waren bereits tot. Der dritte Bergarbeiter, Alfred Singer aus Niederplantz hatte einen schweren Oberarmbruch erlitten.